



Landesverband
Niedersachsen e.V.
Regionalverband Westharz
Ortsgruppe Osterode

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum

23.11.2018

LK Göttingen

Regionalplanung/

Untere Naturschutzbehörde

Reinhäuser Landstraße 4

37083 Göttingen

BUND-OG Osterode

Schwimmbadstr. 29

37520 Osterode am Harz

Tel.: 05522-315-9133

Fax: 05522-315-9135

E-mail: info@bund-osterode.de

cc Fraktionen SPD/CDU/GRÜNE/FDP/GöLinke/PIRATEN und PARTEI

cc Stadt Osterode am Harz, Bürgermeister Klaus Becker, Stadtrat

OFFENER BRIEF

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landkreis Göttingen kann seit der Fusion mit dem Landkreis Osterode ein europaweit einmaliges landschaftliches Kronjuwel ausweisen: die Gipskarstlandschaft. Deren immense Bedeutung ist wissenschaftlich belegt und unter der Ziffer 18 als einer der deutschen Hotspots der Biodiversität geführt:

„Der Hotspot „Südharzer Zechsteingürtel, Kyffhäuser und Hainleite“ erstreckt sich über die drei Bundesländer Thüringen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Das Teilgebiet „Südharzer Zechsteingürtel“ stellt das größte und bedeutendste Gipskarstgebiet Mitteleuropas dar. Im Gegensatz zu anderen Karstgebieten ist es von Vegetation bedeckt und wird deshalb als „grüner Karst“ bezeichnet, wobei naturnahe Wälder circa 30% der Fläche einnehmen. Bemerkenswert sind Orchideen-Buchenwälder sowie Gipsfelsen mit Kalk-Pionierrasen, Gips-Schutthalden mit Glazialrelikten sowie artenreiche Halbtrocken- und Trockenrasen, die Orchideen und Steppenpflanzen aufweisen.“ (Bundesamt für Naturschutz, BfN)

Diesen Rang honorieren Planungsgemeinschaften, zuständige Behörden und Politik nicht ansatzweise – im Gegenteil. Sie machen sich durch die freigiebige Vergabe immer neuer Flächen an die Rohstoffindustrie und deren Unterstützung der unwiederbringlichen Zerstörung mitschuldig und besiegeln damit das Schicksal der im Perm vor 270-300 Millionen Jahren entstandenen und bis zum Ende der letzten Eiszeit geformten, einmaligen Landschaft über Generationen hinaus – was nicht nur durch das Abdrängen und die Vernichtung der ortsansässigen Arten ökologische Probleme mit sich bringt, sondern auch moralisch ein äußerst fragwürdiges Vorgehen ist. Vor allem Naturgips, aber auch Dolomit und Anhydrit wecken seit Jahrzehnten Begehrlichkeiten, welche die Verantwortlichen in Niedersachsens bislang praktisch ungebremst befriedigten.

Der Raubbau allein an den Magerwiesen kostet rund 420 verschiedenen Pflanzenarten und über 400 verschiedenen Großschmetterlingen den Lebensraum. Solche unersetzlichen Naturschätze wurden offenbar eher als Störfaktoren betrachtet – schreibt das Gesetz doch Ausgleich und Ersatz bzw. Kompensation vor. Diese allerdings zu realisieren ist schier unmöglich.

Trotzdem behauptet die Rohstoffindustrie, durch (dem Abbau folgende) Maßnahmen welcher Art auch immer den ursprünglichen oder einen adäquaten Zustand wiederherstellen zu können. In Wirklichkeit aber werden die natürlich vorhandenen geologischen Formationen gesprengt und abgebaggert und sind damit für immer verloren.

Dass die Natur nach Aufgabe der Steinbrüche unmittelbar wieder Fuß fassen, die nachfolgende Begrünung praktisch als Zeugnis der Regenerationsfähigkeit kommuniziert wird, macht die

Erklärungsnot umso deutlicher: Auch eine Müllhalde oder eine durch Rückbau entstandene Ödfläche begrünen sich binnen kurzem wieder oder sind durch entsprechende Anpflanzungen „renaturierbar“, sogar mit ökologischem Nutzen. Mit auch nur näherungsweise Gleichwertigkeit gegenüber dem ursprünglichen, natürlichen Zustand hat das aber nicht im Ansatz zu tun – insbesondere nach der kompletten Zerstörung primärer Lebensräume und jahrzehntelanger Bergbauwüste.

Die involvierten Behördenvertreter und Politiker, dem allgemeinen Verständnis nach eigentlich einem nachhaltigen Denken und Handeln im Sinne der Bürger und der (zukünftigen) Gesellschaft und nicht der Gewinnmaximierung einzelner Unternehmen verpflichtet, versäumen eine angemessene, auf eine *langfristige* und *nachhaltige* Nutzung gerichtete Prüfung und Planung. So gibt es bereits heute mehrere Alternativen zu Naturgips – allerdings werden diese bislang politisch nicht oder in nicht ausreichendem Maße gefördert. Daher ist es beispielsweise nach wie vor wesentlich billiger, Naturgips abzubauen und Rückbau-Gips sowie Gips aus sonstigen Baustellenabfällen zu deponieren; immer neue Flächen werden den abbauenden Konzernen auf dem Silbertablett serviert.

Die Vernichtung (geschützter) Landschaftsteile und Lebensgemeinschaften, die Inanspruchnahme immer weiterer Flächen für Deponien sowie Deponien am Kapazitätslimit sind die unvermeidlichen Folgen dieser fehlgeleiteten Politik. Wie Untersuchungen belegen, wird der gesamte Deponieraum in Deutschland spätestens in sieben Jahren verfüllt sein. Die Gehalte an Gips aus solchen anthropogenen Lagern liegen mit 80 bis 95 Prozent sehr hoch und stellen damit neben weiteren eine wichtige, bislang nicht ausgeschöpfte Quelle für Gips dar.

Gleichzeitig verstellt das Festhalten an althergebrachten Baustoffen wie Gips den Blick auf innovative Materialien, deren Entwicklung den begrenzten Ressourcen, dem Klimawandel und den zunehmenden ökologischen Problemen der Industriegesellschaft wie auch dem technologischen Fortschritt geschuldet sind. An dieser Stelle seien die nachwachsenden Baustoffe beispielhaft aufgeführt, wie sie derzeit bereits Anwendungsreife besitzen und schon eingesetzt werden. Deren Grundlage reicht vom praktisch überall lokal verfügbaren Stroh über Flachs, Hanf, Holz(fasern), Leinen, Schilfrohr, Wiesengras, Zellulose, Jute, Seegrass u.a. bis hin zu Schafwolle, Ziegenhaar und Pilzmyzel. Laut Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe bilden sie die Grundlage für eine Vielzahl qualitativ hochwertiger Bauprodukte wie Dämmstoffe, Ausbaustoffe und Anstrichsysteme. Allerdings fehlt auch hier der politische Wille, diesen zu

einem endgültigen Durchbruch zu verhelfen. Wer jedoch das Ziel hat, den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland auch in den kommenden Jahrzehnten zu sichern, kann nicht an rückwärtsgewandten Technologien und Materialien festhalten, für deren Gewinnung wertvollste Landschaften und Lebensgemeinschaften geopfert werden müssten.

Statt innovative Konzepte zu verfolgen, werden die üblichen „Totschlagargumente“ wie Zahl und Sicherung von Arbeitsplätzen ins Feld geführt. Zusätzlich werden die Firmen gemeinhin als „Beschäftigungsmultiplikatoren“ mit dem Faktor 1,5 für die Region gehandelt. Solche Aussagen stammen sämtlich von der Gipsindustrie selbst, den Industrieverbänden oder den von dieser Seite beauftragten Consultingagenturen und nicht von unabhängigen Gutachtern.

Nichtsdestotrotz werden sie bereitwillig und unreflektiert übernommen und Medien wie Bevölkerung als unumstößliche Tatsache präsentiert. Gleichzeitig ist auch hier zu bedenken, in welche Richtung investiert werden soll: mit dem Abbau von Naturgips in das Gestein oder dank Recyclingverfahren und innovativer Lösungsansätze in das Morgen. Ein Land jedenfalls, das seine natürlichen Ressourcen und eine seiner bedeutendsten Naturschätze Unternehmen zur freien Ausbeutung und Destruktion zur Verfügung stellt, wird den Anschluss an eine tragfähige wirtschaftliche Zukunft verlieren – ebenso wie das Vertrauen seiner Bevölkerung.

Selbst die Höhe des oft kolportierten Nutzens für die Gemeinschaft, den die unwiderrufliche Vernichtung des Gipskarstes angeblich mit sich bringen soll, ist äußerst fragwürdig. Wohl rühmen sich Knauf, Saint Gobain und CASEA ihres gesellschaftlichen Engagements, u.a. in 2014, als diese drei Unternehmen zusammen (!) insgesamt rund 110.000 Euro für Kultur, Tourismus und Sportförderung zur Verfügung gestellt hatten. Der Vergleich zwischen dieser Summe und dem Umsatz der beteiligten Unternehmen macht die tatsächlichen Dimensionen klar:

Knauf:	weltweit 6,5 Mrd. Euro (2015)
Saint Gobain Formula GmbH:	25-50 Mio. Euro
Mutterkonzern Saint Gobain:	40,8 Mrd. Euro (2017)
CASEA:	allein mit Gipsprodukten 60 Mio. Euro pro Jahr.

Dass mit einer nicht heilbaren Zerstörung der Landschaft für die Menschen vor Ort zusätzlich der Verlust von Heimat einhergeht, ist ein weiterer negativer Aspekt, den es zu bedenken gilt. Die in Mitteleuropa einmalige Gipskarstlandschaft bietet ein Identifikationspotenzial, das bislang nicht im Ansatz ausgeschöpft worden ist. Da die raumbezogene Identität dem soziologischen Verständnis nach „die kognitiv-emotionale Repräsentation von Orten im Bewusstsein eines Individuums im kollektiven Urteil einer Gruppe“ (Weichhart, 2006) darstellt, dürfte nicht verwunderlich sein, dass die Attraktivität des Standorts für seine (potentiellen) Bewohner und Besucher sinkt, wenn sich Abbaukrater an Abbaukrater reiht. Niemand möchte in der Nähe eines Tagebaus wohnen oder seinen Urlaub verbringen, wo er Lärm, Staub, Erschütterungen und Transportverkehr ausgesetzt ist und jeden Tag mitansehen muss, wie die ursprünglich perfekte Landschaft Stück für Stück verwüstet wird.

Beispielhaft sei an dieser Stelle die Südharzgemeinde Neustadt genannt, der erst 2014 die Anerkennung als heilklimatischer Kurort zuteilwurde – ein Prädikat, das in Thüringen gerade einmal drei Orte für sich in Anspruch nehmen können. Ein ambulantes Kurtherapiezentrum, eine Lungenfachklinik und eine äußerst attraktive Landschaft bescheren Neustadt inzwischen rund 30.000 Übernachtungen pro Jahr, Tendenz steigend. Doch längst hat die Gipsindustrie ein Auge auf die spezifische Geologie der Umgebung geworfen: In einen Taleinschnitt mitten im Naturschutzgebiet will die im niedersächsischen Walkenried ansässige Saint Gobain Formula GmbH einen Stollen treiben und dort über die kommenden 50 Jahre jährlich zwischen 70.000 und 100.000 Tonnen Gipsgestein brechen; drei Etagen soll es in die Tiefe gehen. Sollte sich das Unternehmen durchsetzen, wird das nahegelegene Neustadt verlieren: nicht nur seine Kurgäste und Touristen, sondern auch seine Einnahmen, seine Anerkennung als heilklimatischer Kurort und letztlich seine Perspektive.

Es sind gerade die weichen Standortfaktoren, von denen eine strukturschwache Region wie der Südharz profitieren kann: die Qualität der Wohnverhältnisse, des Wohnumfelds, der Umwelt und nicht zuletzt von einem positiven Image. Doch ist es nicht gut um die Zukunft eines Gebietes bestellt, das sich als Bergbauregion Naturschutz- und FFH-Gebiete, Gärten, Felder und Grundstücke einverleibt und weithin sichtbare schwer verwundete und vernarbte Landstriche hinterlässt.

Die vielen Naturkleinode, die Kalk-Pionierrasen, die Glazialrelikte, artenreichen Halbtrocken- und Trockenrasen, die Orchideen-Buchenwälder und zahlreichen Stillgewässer, die, den entsprechenden Willen von Politik und Behörden vorausgesetzt, Touristen aus aller Herren Länder anziehen könnten, werden einem kurzsichtigen, unzeitgemäßen und im Grunde fortschrittsfeindlichen Denken und Handeln geopfert – und das, obwohl sie dank ihrer Exklusivität als Teil des „grünen Karstes“ in Mitteleuropa genau jene Kriterien erfüllen, um als UNESCO-Weltnaturerbe ausgezeichnet werden zu können: Die Gipskarstlandschaft

- „weist überragende Naturerscheinungen und Gebiete von außergewöhnlicher Naturschönheit und ästhetischer Bedeutung auf,
- stellt außergewöhnliche Beispiele der Hauptstufen der Erdgeschichte dar, darunter... wesentlicher im Gang befindlicher geologischer Prozesse bei der Entwicklung der Landschaftsformen und wesentlicher geomorphologischer Merkmale,
- enthält die für die In-situ-Erhaltung der biologischen Vielfalt auf der Erde bedeutendsten und typischsten Lebensräume, einschließlich solcher, die bedrohte Arten enthalten, welche ... ihrer Erhaltung wegen von außergewöhnlichem universellem Wert sind.“
(Deutsche UNESCO-Kommission)

Auf Grund der Kulturhoheit der Länder ist die Unterschutzstellung Angelegenheit der Bundesländer, weshalb ihnen auch das Nominierungsrecht obliegt. Das Antragsprozedere dürfte Ihnen bekannt sein. Allerdings müssten Sie sich freimachen von restriktiven, kurzsichtigen Überlegungen und Zwängen, die einem dem Kohlebergbau ähnlichen unzeitgemäßen und zukunftsgefährlichen Abbau von Naturgips laudieren und die dramatischen negativen Folgen für die gesamte Zechsteinregion und ihre Bevölkerung – über die beiden Bundesländer Niedersachsen und Thüringen hinweg – ignorieren.

Ihr Bemühen gilt offensichtlich in erster Linie der Rohstoffindustrie, nicht einer nachhaltigen Nutzung des einmaligen Gebiets, somit auch nicht der Bevölkerung vor Ort und erst recht nicht der Biodiversität als menschlicher Lebensgrundlage. Wäre das Gegenteil der Fall, würden Sie erkennen, dass der immer weiter reichende Abbau von Naturgips, Dolomit und Anhydrit in überaus schützenswerten Gebieten deutlich mehr und dazu irreversible Schäden anrichtet als er

Nutzen (für die Bevölkerung und die Region) bringt. Viele Ihrer Kollegen in Thüringen haben das bereits erkannt, wie Sie der beiliegenden Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Nordthüringen, den **sämtliche** Fraktionen im Nordhäuser Stadtrat unterzeichnet haben, entnehmen können.

Darüber hinaus setzt sich neben thüringischen Lokalpolitiker*innen, Bürgermeister*innen und Gewerbetreibenden, Bürgerinitiativen und Verbänden auch das Umweltministerium in Thüringen unter Ministerin Anja Siegesmund für ein „Biosphärenreservat Südharz-Kyffhäuser“ ein. Sachsen-Anhalt, das ebenfalls zum BiodiversitätsHotspot 18 „Südharzer Zechsteingürtel“ gehört, hat als erstes Bundesland den Schatz vor der eigenen Haustür erkannt und unter besonderen Schutz gestellt: 2009 erklärte das Landwirtschafts- und Umweltministerium Sachsen-Anhalts das Gebiet zum Biosphärenreservat. Eine solche Initiative ist in Niedersachsen bislang nicht einmal angedacht, geschweige in Angriff genommen worden.

Wir geben hier zu bedenken, dass damit eine einmalige Chance vertan wird, über die drei Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen hinweg ein deutschlandweit einmaliges Kooperationsprojekt mit Vorbildcharakter zu etablieren. Dessen politische Dimension kann nicht hoch genug bewertet werden: Es vermag – für die Bevölkerung unmittelbar sicht- und erlebbar – „die Mauer in den Köpfen“ ein Stück weit abzureißen. Den breiten politischen und mentalen Graben zwischen Ost und West, der sich nach 28 Jahren noch immer nicht geschlossen hat und sich, im Gegenteil, in vielen Bereichen verbreitert, könnten Projekte wie diese überbrücken helfen: Niemand wird sich über- oder unterlegen fühlen, die Gemeinsamkeiten überwiegen. Entsprechend Willy Brandts Zitat zum Mauerfall kann hier endlich „zusammenwachsen, was zusammengehört“. Gemeinsam für den Erhalt einer einzigartigen Landschaft zu kämpfen, die den Menschen vor Ort Heimat und Perspektive bietet und ihre Zukunft auch wirtschaftlich sichert, kann und muss politische Prämisse haben.

Doch statt sich für den Erhalt dieser unikalén Landschaft einzusetzen, stellen Sie diese der Totalzerstörung anheim: Schon jetzt sind mehr als ein Drittel (!) für den Abbau freigegeben worden, weitere Gebiete sollen folgen. Die Zeit spielt der Rohstoffindustrie zu, und noch befléiigen Sie sich als Sekundanten der Landschaftszerstörung. Wir fordern Sie hiermit auf, diese Haltung aufzugeben und zu handeln – für eine lebenswerte „Zukunft mit G(r)ips“.

Mit freundlichen Grüßen

Marita Vollborn

Dipl.-Agr.Ing. Dipl.-Journ.

Vorsitzende BUND-Ortsgruppe Osterode

MITUNTERZEICHNER

Robin Wood Deutschland

BUND-Kreisverband Nordhausen

Ornithologischer Verein zu Hildesheim

Aktionsgemeinschaft Artenschutz (AGA) e.V.

Jürgen Feder, Botaniker (Herausgeber der Botanischen Briefe, Bestseller-Autor, TV-Experte für Botanik)

Geschäftsstelle

Petersilienstr. 23
38640 Goslar
Tel. (05321) 469 6075

Bankverbindung

BUND Goslar
Volksbank Nordharz e.G.
IBAN: DE81 2689 0019 5096 6057 00
BIC: GENODEF1VNH
D-U-N-S ®-Nr. 324460880

Anerkannter Naturschutzverband nach § 63 Bundesnaturschutzgesetz

Die Fraktionen im Nordhäuser Stadtrat
Markt 1
99734 Nordhausen

Regionale Planungsstelle Nordthüringen
Thüringer Landesverwaltungsamt
Am Petersenschacht 3
99706 Sondershausen

Nordhausen, 30.10.2018

Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Nordthüringen

Kap. 4.5 Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung

Kap. 4.5.1 Vorranggebiete Rohstoffgewinnung, Plansatz Z 4-4 und Raumnutzungskarte (RNK)

Kap. 4.5.3 Vorranggebiete Vorsorgende Rohstoffsicherung, Plansatz Z 4-5 und Raumnutzungskarte (RNK)

Sehr geehrte Damen und Herren der Regionalen Planungsgemeinschaft,

Entgegen der bisherigen Haltung sollen im neuen Regionalplan erweiterte und zusätzliche Flächen für den Gips- und Anhydritabbau in einer Größenordnung von 87 Hektar ausgewiesen werden, Insgesamt werden nun 672 ha als Vorranggebiete Rohstoffgewinnung für die Rohstoffe Gips und Anhydrit bestimmt. Diesem Vorgehen widersprechen wir entschieden!

Der Entwurf des Regionalen Raumordnungsplanes Nordthüringen ist ein Bekenntnis zur weiteren Zerstörung der einmaligen Gipskarstlandschaft durch den Rohstoffabbau. Von einer Raumordnung, die den Ansprüchen der Region an eine nachhaltige, kulturelle und umweltgerechte Entwicklung, sowohl des ländlichen Raumes als auch dem als Hot-Spot der Artenvielfalt ausgewiesenen Naturraum gerecht wird, kann im Entwurf keine Rede sein.

Die Fraktionen im Nordhäuser Stadtrat haben sich immer für eine maß- und verantwortungsvolle Rohstoffsicherung/ einerseits und gegen eine Erweiterung außerhalb bereits ausgewiesener Vorranggebiete ausgesprochen.

Bereits im bisher geltenden Regionalplan gibt es ausreichend ausgewiesene Vorranggebiete, in welchen bisher noch nicht abgebaut wurde. Der notwendige Rohstoffabbau ist dadurch mehr als gesichert. Eine Erweiterung ebendieser Flächen, wie im Entwurf vorgesehen, ist nicht notwendig und liegt nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Zudem sieht der Entwurf dazu noch eine neue Kategorie "Vorsorgende Rohstoffsicherung" mit zwei neuen Vorranggebieten mit einer Größe von 68 Hektar m Gebiet der Stadt Nordhausen vor.

Die Ausweisung von Gebieten in der neuen Kategorie „Vorsorgende Rohstoffsicherung“ sorgt für völlig unnötige und inakzeptable Zukunftsängste bei der dortigen Bevölkerung, da auch in ihrer bisher durch Landschaftsschutzgebiet und Naturpark vermeintlich geschützte Heimat zerstört würde.

In diesen Gebieten soll zwar innerhalb von 25 Jahren nach Inkrafttreten des Regionalplan Nordthüringen nicht abgebaut werden. Diese Einschränkung impliziert aber geradezu, dass spätestens dann auch dort abgebaut werden soll! Hierbei würde es sich um echte Neuverritzungen handeln. Auch und gerade diese lehnen wir ebenfalls entschieden ab!

Die „Untersuchung zur Rohstoffsicherung der Rohstoffart Gips/ Anhydrit in der Region Nordthüringen“ des e.t.a. Sachverständigenbüros Reyer, welche Grundlage für die Erweiterung der Vorranggebiete ist, stellen wir in Bezug auf die Grundlage zur Bedarfsermittlung deutlich in Frage.

Die Gutachter geben an, dass der Bedarfsermittlung für die kommenden 25 Jahre der steigende Rohstoffabbau der vergangenen Jahre (1995 – 2013) zugrunde liegt. Zudem geht aus dem Gutachten hervor, dass zwar die bislang ausgewiesenen Vorrangflächen ausreichen, der dort vorkommende Gips jedoch hinsichtlich seiner Qualität unzureichend sei, was die Ausweisung zusätzlicher Flächen letztlich begründet.

Wir geben zu bedenken, dass Technologien weltweit einem stetigen Fortschritt unterliegen. Eine Bedarfsermittlung für die Zukunft kann nicht ausschließlich auf Grundlage der Vergangenheit abgebildet werden.

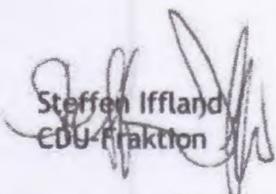
Wenn jetzt weitere zusätzliche Flächen für die Rohstoffgewinnung für die Zeit nach 25 Jahren verbindlich festgelegt werden sollen, so zerstört dies nicht nur die einmalige Landschaft, sowie Tier und Pflanzenwelt unwiederbringlich, sondern es verhindert auch technische Innovationen und Verwendung neuer Baustoffe, indem man glaubt, an Althergebrachtem festhalten zu können. Dass dies ein Fehler ist, sehen wir gerade in der Automobilbranche.

Dazu kommt, dass die Aussage des Gutachtens zur unzureichenden Qualität nahezu ausschließlich auf Auskünften der abbauenden Bergbauunternehmen beruht. Natürlich ist das Mittel der „Befragung“ ein wissenschaftlich zulässiges. Inwiefern die Ergebnisse durch eine solche jedoch der Realität entsprechen und wiederum wissenschaftlich verwertet werden sollten, ist eine andere Frage.

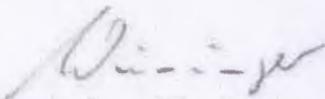
Gips ist schon heute im Baugeschehen verzichtbar, die Alternativen jedoch - sicher auch wegen nicht allzu hoher Nachfrage - noch nicht kostengünstig genug. Obgleich Gips ein sehr günstiges Baumaterial ist, ist der volkswirtschaftliche Preis insgesamt immens hoch. Alternativen sind daher zu fördern.

Aus unserer Sicht trägt nur eine schrittweise und verantwortungsvolle Verknappung verfügbarer Ressourcen dem innovativen Fortschritt und letztendlich auch dem Erhalt von Arbeitsplätzen Rechnung. Daher fordern wir, im neuen Regionalplan keine zusätzlichen Vorranggebiete und erst recht keine neuen (künftigen) Abbauggebiete auszuweisen. Der Regionalplan ist dahingehend entsprechend zu überarbeiten.

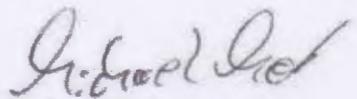
Mit freundlichen Grüßen



Steffen Iffland
CDU-Fraktion



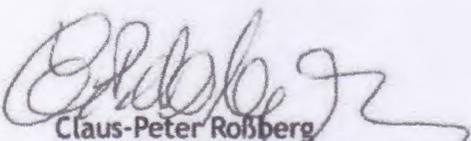
Andreas Wieninger
SPD-Fraktion



Michael Mohr
Fraktion Die Linke



Holger Richter
Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN



Claus-Peter Roßberg
Fraktion FDP Für Nordhausen